

Der sächsische Erzähler,

Tagblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22.

Fünfundsechzigster Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: **Belehrungsbefugte Beilage**; jeden Freitag: **Der sächsische Landwirt**; jeden Sonntag: **Illustriertes Sonntagsblatt.**

Erhöht jeden Freitag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1 M 50 J, bei Zustellung ins Haus 1 M 70 J, bei allen Postanstalten 1 M 80 J inklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 J.

Bestellungen werden angenommen: für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsbeden, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Kopfzeile 12 J, die Restzeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Bilderstattung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Freitag, den 30. September 1910, nachmittags 2 Uhr soll in Bischofswerda 1 Rastenschlitten gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort: Königl. Amtsgericht.

Bischofswerda, am 26. September 1910.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Alle diejenigen, welche zur hiesigen Kammerei für Kupf- oder Brennholz, Gräberei oder dergleichen noch Geldbeträge schulden, werden hierdurch aufgefordert, ihren Verpflichtungen zur Vermeidung **sofortiger Klagenstellung bis 1. Oktober 1910** nachzukommen.

Stadtrat Bischofswerda, den 26. September 1910.

Mit der am 30. dieses Monats fälligen Staatseinkommensteuer für den 2. Termin 1910 ist von den beteiligten **Handel-Gewerbetreibenden** ein Beitrag von 3%, **Pfennigen** von jeder Mark desjenigen Steuerjahres, welcher nach der im Einkommensteuergesetz enthaltenen Skala auf das in

Spalte d des Einkommensteuertatsters eingestellt und mindestens den Betrag von 600 M. übersteigende Einkommen entfallen würde, zur Deckung des bei der Handels- und Gewerbelammer zu Zittau entstandenen Aufwandes an die hiesige Kammereikasse abzuführen.

Gleichzeitig wird die pünktliche Bezahlung der am 30. September bez. 1. Oktober d. J. fälligen Einkommen- und Ergänzungssteuer, Gemeindeanlagen und Brandversicherungsbeiträge per 2. Termin 1910, sowie des Schulgelbes und der Landrente pro 3. Vierteljahr 1910 hierdurch in Erinnerung gebracht.

Stadtrat Bischofswerda, am 26. September 1910.

Das Neueste vom Tage.

Die Deutsche Reichsbank und die Sächsische Bank haben den Wechselkurs auf 5 Proz. und den Lombardzinsfuß auf 6 Proz. erhöht.

Der Komponist und Kapellmeister des Dresdener Residenz-Theaters, Rudolf Dellinger, ist nach längerer Krankheit in Dresden gestorben.

In Chemnitz wurde gestern die 23. Generalversammlung des Evangelischen Bundes eröffnet. (Siehe Kirche, Schule und Mission.)

Der Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie kündigt eine Aussperrung zum 5. Oktbr. an, wenn bis zum 27. September abends die in Forst freitenden Spinnereiarbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Von der Aussperrung würden circa 25 000 Textilarbeiter betroffen. (Siehe Deutsches Reich.)

In Görlitz unternahm gestern der Aviatiker Boulain auf Veranlassung der Ortsgruppe des Schlesischen Vereins für Luftschiffahrt mehrere gut verlaufene Rund- und Höhenflüge. (Siehe Letzte Depeschen.)

Der französische Aviatiker Poilot ist in der Nähe von Chartres abgestürzt und starb bald darauf. (Siehe Luftschiffahrt.)

Die italienische Fabrikationssteuer für den Alkohol ist um 70 Lire für den Hektoliter erhöht worden.

In Neapel sind von Freitag Mitternacht bis Sonnabend Mittag 67 Todesfälle an Cholera festgestellt worden. Amtlich wird als Krankheit Durchbruchfall angegeben. (Siehe Choleraanrichten.)

Die Norddeutsche Allgem. Zeitung über den sozialdemokratischen Parteitag.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung führt über den sozialdemokratischen Parteitag u. a. folgendes aus:

Die Berichte aus Magdeburg ließen erkennen, wie sorgsam die Regie des sozialdemokratischen Parteivorstandes tätig gewesen sei, um in der

Frage der Budgetbewilligung einen doppelten Effekt zu erzielen. Auf der einen Seite wollte man die unruhig gewordenen Gläubigen der strengsten Observanz beschwichtigen; auf der anderen Seite wollte man aber auch solche Leute nicht verstimmen, die, ohne zu den 720 000 eingeschriebenen Parteimitgliedern zu gehören, doch als mögliche Wähler betrachtet wurden. Die Sache habe jedoch nicht recht geklappt. Die Badener seien nicht gelehrt genug auf die Intentionen des Vorstandes eingegangen. Die radikalen Elemente, die seit der Niederlage der letzten Reichstagswahlen ziemlich fest im Zaume gehalten worden seien und denen man mit Ausnahme der Wahlrechtsdemonstrationen kaum einiges gegeben hätte, daß sie ihres Machtbewußtseins froh würden, diese Radikalen hätten noch im letzten Augenblick die klugen Anordnungen der Führer über den Hausen geworfen und den Budgetbewilligern gezeigt, wer Herr sei in der sozialdemokratischen Partei. Aber nicht nur ihnen, auch dem Bürgertum komme die Lehre zur rechten Zeit. Sie räume gründlich mit der Ansicht auf, daß die revisionistische Intelligenz auf dem Wege sei, die Sozialdemokratie zu einer verhandlungsfähigen Partei umzubilden und im Bakterium mit dieser Richtung das Heil des Liberalismus liege. Sicherlich sei es den sozialdemokratischen Führern mit Rücksicht auf die nächsten Wahlen nicht unerwünscht gewesen, daß der prinzipielle Gegensatz zur bürgerlichen Opposition in den Hintergrund gestellt würde. Ihre Anhänger seien von den bürgerlichen Demokraten nicht zu gewinnen. Sie dürften dagegen immer hoffen, daß im Verkehr mit den bürgerlichen Grenzelementen vielmehr der radikalere Teil der Überlegeneren sei. Deswegen hätten sie es offenbar gern gesehen, wenn sich auch die Situation in Baden vorläufig noch in einer gewissen Zweideutigkeit hätte erhalten lassen. Für diese Feinheiten der Taktik hätten nun aber die gröber veranlagten Genossen keinen Sinn gehabt. Uebrigens würden die Badener Mittel und Wege finden, um dem Parteiprache zu genügen. Sie dächten gar nicht daran, sich von den radikaler scheinenden Freunden zu trennen, und hätten nach der Auseinandersetzung Seite an Seite mit ihnen weiter verhandelt, als wenn nichts geschehen wäre. So seien auch diesmal wieder die Erwartungen ad absurdum geführt worden, die von gelegentlichen Eigenmächtigkeiten der Revisionisten jedesmal eine neue Aera in der Entwicklung der Partei datierten.

Tagung des Nationalliberalen Landesauschusses.

S. Unter dem Vorsitz des Herrn Gontard-Leipzig tagte am Sonntag in Dresden der Landesauschuß des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen. Nach einem Bericht über den Kasseler Delegiertentag referierte der Generalsekretär Dr. Westenberg über die inneren sächsischen Parteiangelegenheiten. Er führte aus, die nationalliberale Partei Sachsens habe äußerlich durch die vielfach erörterten inner-sächsischen Zwistigkeiten und Streitigkeiten nicht gelitten. Der nationalliberale Landesverein habe an Mitgliedern auch in diesem Jahre zugenommen. Es bestehen zur Zeit 120 Lokalvereine mit 20 100 Mitgliedern. — Auch die bekannte Affäre des Landtagsabgeordneten Langhammer wurde erörtert und dazu bemerkt, daß beim Ausschluß Langhammers aus der Partei keine irgendwie politischen Momente mitgespielt hätten. Man möge versuchen, durch Verträglichkeit und Veröhnlichkeit aus den Wirren herauszukommen zum Wohle der Partei. Aus Chemnitz sprachen sodann die Herren Rechtsanwalt Freygang und Professor Dr. Wend. Beide berührten die Chemnitzer Vorgänge in der „Langhammer-Affäre“ und drückten unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Zuversicht aus, daß sich in Bälde ein Weg geistlicher politischer Arbeit finden lassen werde. — Von großem Beifall begrüßt, berichtete sodann Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann über die politische Lage im Hinblick auf den Kasseler Parteitag, wonach folgende vom Vorstande des Nationalliberalen Landesvereins vorgeschlagene Resolution angenommen wurde: „Der Landesauschuß der nationalliberalen Partei in Sachsen spricht nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann über die politische Lage sein volles Vertrauen zu der feitherigen Führung unter Bassermann aus und ist einig in dem Verlangen, daß die nationalliberale Partei auch ihre weitere Politik, unbeirrt durch die widrigen Zeitumstände, die herbeigeführt zu haben nicht ihre Schuld ist, gründen möge auf der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Partei. Der Landesauschuß weist die Gerüchte von der Absicht einer Rechtschwenkung in der sächsischen Landespolitik ebenso entschieden zurück wie die Behauptung, daß in der Kampfstellung zur Sozialdemokratie eine Aenderung eingetreten sei, oder eintreten werde.“ — Die Debatte, an der